

## Komitee nimmt Gewinner in die Pflicht

**Abstimmung** Das Komitee Ja zu 3 bis 5 Gemeinden bedauert, dass die Stimmberechtigten dem Eventualantrag den Vorzug gegeben haben. Das Abstimmungsergebnis gebe der Regierung nur teilweise einen Auftrag, eine Strukturanpassung vorzunehmen, heisst es in der Mitteilung.

Die Stimmberechtigten haben dem Eventualantrag zugestimmt. Das bedeute, dass der Kanton Appenzell Ausserrhoden mittelfristig weiterhin aus 20 Gemeinden bestehen werde. «Dadurch werden aus unserer Sicht die Herausforderungen der Gemeinden nicht gelöst und die jetzigen Strukturen bleiben erhalten.» Das Komitee bedauert, dass eine negative Kampagne mit dem Schlagwort Zwangsfusionen obsiegt habe. «Unser Komitee hat sich für das Gewinnde einer neuen Gemeindestruktur eingesetzt. Trotz der Bedenken akzeptieren wir diesen Volksentscheid», teilt es weiter mit.

## Rasch Fusionsgesetz erarbeiten

Nun gelte es, rasch ein mit finanziellen Anreizen ausgestattetes Fusionsgesetz zu erarbeiten, damit benachbarte Gemeinden ihre strukturellen Probleme durch Fusionen angehen können. Man werde die Gegner des zukunftsgerichteten Gegenvorschlags und die Regierung in die Pflicht nehmen, rasch diese Rahmenbedingungen zu klären, um Appenzell Ausserrhoden eine erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen. «Auch wenn wir uns einen anderen Entscheid gewünscht hätten, danken wir den Stimmberechtigten für die Teilnahme an der Abstimmung», heisst es abschliessend. (pd)

## Parkierung rechtskräftig

**Walzenhausen** Diesen Sommer erliess der Gemeinderat auf dem MZA-Areal neue Signalisationen, welche die Parkierung regeln. Die Verkehrsordnung wurde gemäss Mitteilung während 20 Tagen der öffentlichen Auflage unterstellt. Während der Frist sind keine Einsprachen eingegangen. In der Zwischenzeit wurden die Parkverbotstafeln mit dem Zusatzhinweis «ausgenommen mit Parkkarte der Gemeinde», welche eine unberechtigte Parkierung montags bis freitags von 7 bis 17 Uhr anzeigen, aufgestellt. In der übrigen Zeit kann frei parkiert werden. (gk)

ANZEIGE

Der neue **Kia Sorento**



**Standorte:**  
• Appenzell  
• Oberriet  
• Zil-Garage St. Gallen AG [www.hirn.ch](http://www.hirn.ch)

**hirn**  
AUTOMOBILE

# Die Braut, die sich traut

Heiden und sechs weitere Gemeinden zeigten grossen Fusionswillen. Doch der Weg ist noch lang.

**Karin Erni und Ramona Koller**

Am Wahlsonntag hat sich erwartungsgemäss gezeigt, dass im Vorderland der Wille zu Fusionen ausgeprägter ist als im Rest des Kantons. In den Gemeinden Heiden, Rehetobel, Wald und Grub erhielt der Vorschlag für die Reduktion auf drei bis fünf Gemeinden mehr Stimmen als die Eventualvorlage.

Trogen hat als einzige Gemeinde des Mittellandes den Gegenvorschlag der Regierung angenommen. Im Hinterland sprachen sich Herisau und Hundwil ebenfalls für den Gegenvorschlag aus.

## Heiden für Zusammenarbeit bereit

Heidens Gemeindepräsident Robert Diethelm zeigt sich nach dem Abstimmungssonntag zufrieden: «Die Heidler haben beide Vorlagen angenommen und bei der Stichfrage knapp dem Gegenvorschlag den Vorzug gegeben. Das zeigt mir, dass unsere Gemeinde für jede Form der Zusammenarbeit bereit ist.» Es gehe nun darum, ein gutes Fusionsgesetz auszuarbeiten, so Diethelm weiter. Er wünscht sich, dass die Gemeinden nicht nur via Präsidienkonferenz in diesen Prozess einbezogen werden. «Unsere Anliegen sollten einfließen können, damit es kein luftleeres Gesetz wird.» Die Themen Raumplanung, Schule und Verkehr müssten übergeordnet angeschaut werden.

Vom Kanton erwartet Diethelm aber auch finanzielle Unterstützung: «Fusionen kosten viel Zeit und Geld. Bei der Entschuldung von fusionswilligen Gemeinden müssen gute Lösungen gefunden werden.» Er hat auch schon eine Idee, woher die nötigen Mittel kommen könnten. «Von den Gewinnausschüttungen der Nationalbank könnte man beispielsweise in den kommenden 25 Jahren jeweils einen schönen Teil abzweigen und in einen Fusionspflegen. Diese Mittel könnten nach Bedarf für diesen Zweck verwendet werden.»

Als mögliche Fusionspartner kämen für Heiden am ehesten die umliegenden Gemeinden in-



Heiden im Nebel: Nach der Abstimmung über die Gemeindestrukturen ist noch nicht klar, wer mit wem fusionieren wird. Bild: Karin Erni

frage, so Robert Diethelm. «Wir pflegen ja mit einigen bereits eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Mit Grub und Rehetobel zusammen führen wir das Sozialamt und mit mehreren Gemeinden haben wir das Grundbuchamt, die Bauverwaltung und das Betriebsamt gemeinsam.»

## Grub: «Aktionismus bringt wenig»

In Grub hat sich der Gemeinderat laut Gemeindeschreiber Leo Anrig bereits im Strategie-Workshop Ende Oktober mit der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde befasst. Das Dienstleistungsangebot soll weiter optimiert und bei der Erfüllung der Aufgaben die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden vertieft werden.

Die Stimmberechtigten in Grub haben sowohl zum Gegenvorschlag als auch zur Eventualvorlage Ja gesagt. Bei der Stichfrage hat das Pendel zugunsten des Gegenvorschlags ausgeschlagen. «Es ist schwierig, der Bevölkerung aufzuzeigen, wie die Gemeinde einerseits eigenständig bleiben und anderer-

seits für bestimmte Aufgaben die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden angestrebt werden kann», so Anrig.

Für die Bevölkerung sei es nun wichtig, dass die Aufgaben einer Gemeinde kompetent und zeitnah erledigt werden. «Die Bevölkerung will einen möglichst guten Service, Mobilität ist dabei kein Hindernis. Es gibt aber auch Einwohnende, die den persönlichen Kontakt und kurze Wege schätzen», sagt Anrig. Der Gemeinderat werde das Gespräch mit der Bevölkerung suchen, um das Abstimmungsergebnis richtig interpretieren zu können. «Aktionismus bringt wenig», so Anrig. Dem entsprechend sind derzeit auch keine Gespräche mit anderen Gemeinden geplant.

## Rehetobel wartet neues Gesetz ab

Der Rechtobler Gemeindepräsident Urs Rohner war etwas enttäuscht vom Wahlergebnis, wie er sagt. «Ich dachte nicht, dass es so deutlich ausfallen würde.» Er glaubt nicht, dass in den nächsten zwei Jahren bereits konkret etwas passieren wird in

Richtung Fusionen. «Zuerst wird man alles in Ruhe analysieren müssen. Es kommt auch darauf an, wie die Regierung das Fusionsgesetz ausgestaltet.»

## «Offensichtliche Partner» für Trogen

Als einzige Mittelländer Gemeinde entscheidet sich Trogen für den Gegenvorschlag der Regierung. Die Trognerinnen und Trogner stimmten oft gegensätzlich zum Rest des Kantons, erklärt Gemeindepräsidentin Lisa Roth. «Trogen zeichnet sich immer wieder mit der Haltung aus, dass wir hier gerne nach vorne schauen und für Veränderungen und Entwicklungen bereit sind», sagt Roth. Das Resultat überraschte sie daher nicht. Das Zeichen und damit der Wunsch nach Veränderung aus der Bevölkerung sei klar. Die Exekutive werde diesen auf die Agenda nehmen. «Wir werden Anfang 2024 die Legislaturziele definieren und verabschieden. Dieses Thema wird selbstverständlich ein Bestandteil der noch zu definierenden Ziele sein», so Roth.

Mit welchen Gemeinden Trogen fusionieren könnte, sei

noch völlig offen. Der Gemeinderat müsse sich dazu zuerst austauschen und die Bevölkerung müsse zu einer Meinungsäusserung aufgefordert werden. «Es gibt natürlich ganz offensichtliche Partnergemeinden, die infrage kämen. Aber dies soll nicht vorweggenommen werden», erklärt die Gemeindepräsidentin. Im Grossen denken sei gerade bei diesem Thema ratsam. «Eine voreilige Antwort wäre unprofessionell», sagt Roth. Sie sei nun selbst gespannt, wie gross der Stein tatsächlich ist, den diese Abstimmung ins Rollen gebracht hat.

## Wald: «Wir arbeiten bereits mit mehreren Gemeinden zusammen»

Laut der Wäldler Gemeindepräsidentin Marlis Hörler Böhi ist es noch zu früh, um mit anderen Gemeinden konkrete Verhandlungen zu führen. «Wir müssen das Fusionsgesetz abwarten, vorher grosse Zusammenarbeitsdiskussionen zu führen, ergibt wenig Sinn», so Hörler. Ebenfalls wenig zielführend sei es aus ihrer Sicht, wenn immer nur zwei Gemeinden miteinander fusionieren.

Für die Gemeinde Wald gäbe es mehrere Fusionsoptionen. «Wir haben keinen klaren Favoriten», so die Gemeindepräsidentin. Eine Analyse, in der 29 operative Vereinbarungen der Gemeinde Wald mit anderen Gemeinden erfasst wurden, zeigte, dass es keine offensichtliche Fusionspartnerin gibt. «Die Gemeinde arbeitet derzeit unter anderem mit Trogen, Rehetobel, Heiden und dem Bezirk Oberegg zusammen. Beispiele sind das Zivilstandamt, die Feuerwehr, das Grundbuchamt und viele weitere», erklärt Hörler. Dass in Wald der Gegenvorschlag so klar bevorzugt wird, habe sie nach Gesprächen mit der Bevölkerung nicht überrascht. Sie habe den Willen, mit anderen Gemeinden zusammenzuarbeiten, bereits vor der Abstimmung gespürt. Das kantonale Ergebnis hingegen überraschte Hörler. «Ich hätte gedacht, dass die Abstimmung knapper ausfällt, finde es aber gut, dass das Resultat so eindeutig ist.»

# Mobilfunkinitiative kommt vors Volk

Nach dem Bundesgerichtsurteil erklärt der Walzenhauser Gemeinderat die Volksinitiative für gültig.

Im Februar 2021 reichte ein Komitee eine kommunale Volksinitiative unter dem Titel «Kein Mobilfunk auf öffentlichem Grund» ein. 149 gültige Unterschriften, 50 wären nötig gewesen, kamen zusammen. Auslöser für die Initiative war das Vorhaben des Walzenhauser Gemeinderates, zwei neue Mobilfunkantennen zu installieren. Dies mit dem Ziel, den Mobilfunkempfang in der Gemeinde zu verbessern. Als mögliche Standorte sind die Vereinslokal Lachen und die Trafostation oberer Leuchen

vorgesehen – beides gemeindeeigene Gebäude.

2023 gelangte das Bundesgericht zum Schluss, dass der Initiativtext entgegen der bisherigen Beurteilung von Gemeinde- und Regierungsrat sowie des Obergerichtes kein Bundesrecht verletzt. Daraufhin revidierte das Obergericht sein Urteil und stellte fest, dass die Initiative «Kein Mobilfunk auf öffentlichem Grund» gültig ist. Der Gemeinderat anerkennt gemäss einer Medienmitteilung die Urteile und stellt somit die Gültigkeit ebenfalls fest. Er teilt mit,

einer Abstimmung über die Initiative steht nichts mehr im Wege.

## Abstimmung im März 2024

Die Volksabstimmung wurde auf den nächsten eidgenössischen Abstimmungstermin vom Sonntag, 3. März 2024, festgelegt. Der Gemeinderat verzichtet auf einen Gegenvorschlag. Somit kommt der Initiativtext wie eingereicht zur Abstimmung. Darin heisst es unter anderem: «Der Einwohnergemeinde und ihren Organen ist es

untersagt, Grundstücke auf dem Gemeindegebiet für private Mobilfunkdienste zur Verfügung zu stellen, die sich in ihrem Eigentum befinden und die weniger als 100 Meter Abstand zu Wohnbauten oder einer Zone, in der Wohnbauten erlaubt sind, aufweisen.» Weiter seien bestehende Verträge mit Mobilfunkbetreibern betreffend die Nutzung der Gebiete umgehend zu kündigen oder durch Aufhebungsvereinbarungen ausser Kraft zu setzen. Allfällige bestehende Mobilfunkanlagen auf diesen Grundstücken sind zurückzu-

bauen. Die Grundstücke dürften nicht verkauft werden, ehe die obigen Punkte erfüllt sind. Die Einwohnergemeinde müsse zudem die Rechtsgrundlagen schaffen, damit die erwähnten Punkte auf für staatsnahe Betriebe Rechtswirkung zeigen.

Sie die Initianten nach Bekanntwerden des Bundesgerichtsurteils mitteilten, sei ihr Ziel die ordnungsgemässe Planung und Evaluation von Mobilfunkantennenstandorten auf öffentlichem Grund, damit diese nicht mitten in Wohngebieten zu liegen kommen. (gk/mc)